

aus dem Inhalt

- ♦ Post 2015 Agenda und Menschenrechte
- ♦ Menschenrechte und traditionelle Werte
- ♦ Zur Syrienkrise
- ♦ JP Europa zu Gast in Berlin
- ♦ Intern. Workshop in Burundi
- ♦ Zu Problemen der Religionsfreiheit in Indonesien
- ♦ Faire Arbeitsbedingungen und Koalitionsverhandlungen
- ♦ Studientag zum Umgang mit dem totalitären Erbe in der Ukraine

***Post 2015 Agenda und Menschenrechte
Köhler und Däubler-Gmelin bei Kommissionssitzung in Berlin***

Nur wenn sich auch im globalen Norden die Wirtschaftsweise, die Konsum- und Produktionsmuster änderten, habe eine nachhaltige Entwicklung weltweit eine Chance und könne die extreme Armut bis 2030 überwunden werden. Insofern brauche es eine große strukturelle Transformation, so äußerte sich Prof. Dr. Horst Köhler, ehemaliger Bundespräsident und Mitglied des High Level Panels der Vereinten Nationen zur Post 2015 Entwicklungsagenda bei der Kommissionssitzung von Justitia et Pax am 25./26. Oktober 2013 in Berlin.



Kommissionssitzung:
Wallacher, Köhler,
Ackermann im Gespräch

Köhler forderte die Kirchen als Global Player und die Zivilgesellschaft auf, weiterhin die politische Debatte im Blick auf die UN-Vollversammlung 2014 zu bereichern und in Deutschland das Thema auf der Agenda zu halten.

Die Debatte um Menschenrechte und traditionelle Werte bezeichnete Prof. Dr. Heiner Bielefeldt im inhaltlichen Schwerpunkt der Sitzung als notwendig, wenn es um die Umsetzung und Verankerung der Menschenrechte vor Ort gehe, zugleich als gefährlich, wenn etwa in einer Resolution des Menschenrechtsrates der Schutz von Menschenrechten unter einen „Kulturvorbehalt“ gestellt werde.

Traditionelle Werte und Kulturen könnten einerseits einen Zugang vor Ort ermöglichen, eine Aneignung und Ownership fördern, wenn sie in den lokalen Kontext übersetzt werden, so P. Leonard Chiti SJ aus Lusaka/Sambia. Andererseits verdeutlichte Prof. Dr. Däubler-Gmelin u.a. am Beispiel der Gewalt gegen Frauen, dass traditionelle Werte auch missbraucht werden können, um fortdauernde Menschenrechtsverletzungen zu begründen und Gewaltverhältnisse aufrecht zu erhalten.



Menschenrechte und
traditionelle Werte:
Legutke, Bielefeldt, Chiti,
Däubler-Gmelin

Menschenrechte als Grundlage für internationale Zusammenarbeit

Vor den UN-Beratungen zur Entwicklungsagenda nach 2015 sprach sich Bischof Ackermann als JP Vorsitzender am 25. September 2013 in einem KNA-Interview für die Verankerung der internationalen Zusammenarbeit auf menschenrechtlicher Basis aus. Eine Beteiligung aller, gerade auch von Gruppen aus Entwicklungs- und Schwellenländern, an der Erarbeitung der Ziele sei erforderlich. Dort gebe es durchaus Konzepte von Gemeinwohlorientierung oder nachhaltigen Lebensstilen. „Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung und existenzsichernde Einkommen, sind ein Menschenrecht, das Staaten und Unternehmen verpflichtet. Wenn es auch für Wanderarbeiter und informell Beschäftigte umgesetzt würde, könnte die Armut weltweit erheblich reduziert werden“, so Bischof Dr. Ackermann.

Die Initiative der ILO, die Menschenwürdige Arbeit in den Bericht des High Level Panels einzubringen und damit in die UN-Beratungen um die Post 2015-Agenda, hatte JP mit Erfolg unterstützt. Das Papier „Stellungnahme katholisch inspirierter Organisationen zu menschenwürdiger Arbeit und der Entwicklungsagenda nach 2015“ war dem BMZ und dem Sherpastab von Prof. Dr. Köhler vorgelegt worden und wurde mit dem KNA-Interview von

Bischof Ackermann veröffentlicht. Es wurde ebenso bei der Generalversammlung der Konferenz europäischer JP-Kommissionen vorgestellt.

Side Event zu Menschenrechten und traditionellen Werten in Genf



Am 6. Juni 2013 wurde zu Menschenrechten und traditionellen Werten ein Side-Event beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf durchgeführt, flankiert von einem informellen Gespräch mit verschiedenen Staatenvertretern in der deutschen Botschaft am 5. Juni 2013. Die Referenten erteilten einhellig Versuchen eine Absage, eine neue Terminologie in den Menschenrechtsrat einzuführen. Pfr. Cleophas Lungu, Generalsekretär der Bischofskonferenz Sambias, verwies u.a. darauf, dass insbesondere aufgrund der kulturellen und ethnischen Diversität in vielen Ländern Afrikas ein Verweis auf kulturelle Traditionen zur Fundierung der Menschenrechte nicht hilfreich sei, da diese von Ethnie zu Ethnie, ja bisweilen von Dorf zu Dorf, äußerst unterschiedlich seien.

P. Leonard Chiti SJ,
Florence Simbiri Jaoko
LLM, Dr. Daniel Legutke und
Pfr. Cleophas Lungu vor
dem Sitz der UN in Genf

Florence Simbiri Jaoko, Juristin und langjährige Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission in Kenia, erläuterte, dass viele Konflikte in Afrika gerade darauf zurückgingen, dass sich eine ethnische Gemeinschaft einer anderen traditionell überlegen fühle. Daher trage auch ein Verweis in UN Resolutionen auf lokale Traditionen in dörflichen Gemeinschaften nicht per se zur Stärkung der Menschenrechtsbindung bei. P. Leonard Chiti SJ, Direktor des JCTR, erklärte, dass der jeweilige kulturelle Kontext, innerhalb dessen Menschenrechtsbildung erfolge, gleichwohl von Bedeutung sei. Für die Stärkung des Schutzes der Menschenwürde in traditionellen Gemeinschaften sei es wichtig, an deren Werten anzuknüpfen und so zur Sensibilisierung für menschenrechtliche Anliegen an der Basis beizutragen.

Workshop von Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Menschenrechte und Deutschem Institut für Menschenrechte in Genf

„The mechanisms of the Human Rights Council – a way to justice“, in diesem Workshop am 07./08. Oktober 2013 in Genf wurden die Potentiale internationaler Organisationen, insbesondere des UN Menschenrechtsrats, zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern auf lokaler Ebene diskutiert. Aus der Zielperspektive einer gerechteren Weltordnung wurde außerdem diskutiert, wie die Arbeit des Menschenrechtsrats besser mit der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsziele (Post 2015-Agenda) verzahnt und ggf. deren Implementierung unterstützt werden könnte. Herr Legutke war bei der Konzeption und Durchführung des Workshops beteiligt.



Dr. Matthes Buhbe, Direktor
der FES in Genf und Rafendi
Djamin, Indonesien Vertreter
in der ASEAN Menschen-
rechtskommission, im
Gespräch

Äußerungen des Vorsitzenden zur Syrienkrise

Am 27. August sprach sich Bischof Dr. Stephan Ackermann in einem Interview für Domradio zur aktuellen Lage in Syrien gegen eine militärische Intervention aus. Im Rahmen eines Pressegesprächs am Rande der DBK Herbstvollversammlung äußerte er am 25. September 2013 einen vorsichtigen Optimismus, dass mit den internationalen Verhandlungen hinsichtlich der syrischen Chemiewaffen der politische Prozess überhaupt neue Chancen erhalte. Zugleich warnte er angesichts des fortgesetzten Kämpfens und Sterbens davor, sich allzu schnell zufrieden zu geben.

Kooperation zu Migration, Veranstaltung „Grenzenlos...“

Am 02. September 2013 führten Brot für die Welt, Südwind Institut, Medico, Caritas International und Justitia et Pax die Veranstaltung „Grenzenlos. Migration in einer begrenzten Welt“ durch. Justitia et Pax lud dazu Gäste ein aus Malaysia, Frau Irene Fernandez, Direktorin der Migrantenschutzorganisation Tenaganita und aus Mexiko, Herrn Carlos Marentes, Koordinator der Migrantenkommission von La Via Campesina. JP konnte damit an das Engagement zu Wanderarbeit, Hausangestellten und Menschenwürdiger Arbeit anschließen, inhaltlich an die Arbeit des Weltgebetstags 2012 (WGT) und die Mitwirkung beim Weltsozialforum Migration im November 2012.



*Dr. Irene Fernandez,
Tenaganita Malaysia (re)
berichtet über die Lage
von Hausangestellten in
Malaysia*

JP Europa zu Gast in Berlin

Vom 20. – 24. September 2013 war die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen in Berlin zu Gast mit ihrer Generalversammlung und einem internationalen Workshop. Vom 20. - 22. September war der Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit und Diktaturfolgen als europäische Herausforderung das Thema des Workshops. Die Teilnehmenden besuchten einschlägige Orte wie die Gedenkstätten Sachsenhausen, Hohenschönhausen, Normannenstrasse sowie die Stiftungen „Topographie des Terrors“ und „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Seinen Abschluss fand der Workshop mit einer Kreuzwegsmeditation von der Hinrichtungsstätte Plötzensee nach Regina Martyrum. Der Workshop war begleitet von einer Reihe ernsthafter Auseinandersetzungen, die die praktische Bedeutung dieser Thematik für das gegenseitige Verständnis sowie zur wirksamen Zusammenarbeit unterstrichen.

Generalversammlung, Wahlen und Ständiges Sekretariat in Brüssel

Einstimmig sprach sich die Generalversammlung der Europäischen JP Konferenz dafür aus, ein Ständiges Sekretariat bei der COMECE, der Kommission der EU Bischofskonferenzen, in Brüssel anzusiedeln. Die COMECE hatte ihre Bereitschaft erklärt, für eine Erprobungsphase von drei Jahren die Geschäftsführung von JP Europa zu übernehmen. Stefan Lunte wurde mit den Aufgaben des Generalsekretärs betraut. Gegen Ende der Erprobungsphase 2016 soll entschieden werden, ob und unter welchen Bedingungen die strukturelle Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll. Damit kommt ein langjähriger Diskussionsprozess zu einem zukunftssträchtigen Abschluss, da die Voraussetzungen für die strukturelle Stabilisierung von JP Europa geschaffen worden sind.

Die Generalversammlung bestätigte Weihbischof William Kenney als Präsidenten von JP Europa für ein weiteres Jahr im Amt. Für die Amtszeit 2014 – 2015 wurde Erzbischof Hollerich aus Luxemburg zum Präsidenten gewählt. Darüber hinaus wählte die Generalversammlung Prof. Ingeborg Gabriel (JP Österreich) für den Zeitraum 2013 – 2015 zur Vizepräsidentin sowie ein neues ExCo, in dem sich in den nächsten drei Jahren Vertreter aus Malta, England, Tschechien, der Ukraine, Österreich sowie Luxemburg befinden werden.

Päpstlicher Rat: Konferenz zu 50 Jahre Pacem in Terris

Um internationale Organisationen und das Globale Gemeinwohl sowie neue Herausforderungen für den Frieden ging es bei der Konferenz vom 02. bis 04. Oktober in Rom. 50 Jahre „Pacem in Terris“ war der Anlass, um diese für die kirchliche Sozialverkündigung wegweisende Enzyklika von Papst Johannes XXIII zu würdigen. Grußworte des ÖRK Generalsekretärs Olav Tveit und der Co-Präsidenten von Pax Christi International, Bischof Kevin Dowling

und Ms. Marie Dennis, eröffneten die Debatten. Erfahrungen zur regionalen Integration in Europa, Asien, Afrika und den beiden Amerikas wurden aus kirchlicher und säkularer Perspektive geschildert. Kardinal Etchegaray berichtete aus den Anfängen der CCEE, den Veränderungen in und nach 1989. Bischof Quevedo von den Philippinen ging für die FABC (Asiatische Bischofskonferenzen) auf die oft schwierige Menschenrechtslage ein, sowie die interreligiösen Spannungen und Dialoge.

SECAM und CELAM kamen zu Wort, kontrastiert mit Schilderungen aus AU und OAS. Eindrucksvoll waren Best Practices kirchlicher Friedensarbeit, z.B. eine lokale kirchliche Initiative zur freiwilligen Entwaffnung und Versöhnung in Bogota, Kolumbien. (Viel Überzeugungsarbeit für jede abgegebene Pistole und wie leicht fließt der Nachschub z.B. aus Deutschland!)

Höhepunkt war die Audienz bei Papst Franziskus am 3. Oktober 2013, in der er die jüngste Tragödie vor Lampedusa kommentierte: „Schande für Europa!“



Casel bei der Audienz, im Hintergrund Dr. Giovannelli

Internationaler Workshop zum Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit in Burundi



Besuch in Buta, Ort eines Massakers an den Schülern eines kleinen Seminars

Vom 11. – 16. November 2013 führte die Deutsche Kommission Justitia et Pax gemeinsam mit der AGEH und der Burundischen Kommission Justitia et Pax einen internationalen Workshop zum Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit durch. Am Beispiel der Erfahrungen mit dem blutigen Konflikt in Burundi und seinen Folgen sind die 40 Teilnehmenden aus verschiedenen Ländern, Afrikas, Lateinamerikas und Europas in den Austausch darüber getreten, welche Möglichkeiten es gibt, zu Versöhnungsprozessen beizutragen. Im Laufe der Tage trafen die Teilnehmenden sowohl Opfer, ehemalige Kombattanten, zivilgesellschaftliche Akteure als auch Vertreter der Regierung und der Opposition.

Der Workshop half der Ortskirche die aktuellen Herausforderungen beim Umgang mit gewaltbelasteten Vergangenheit genauer zu bestimmen und weitere Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Mit dem Workshop hat die katholische Kirche Burundis eindrucksvoll Zeugnis von ihrem Bemühen um Heilung der individuellen und gesellschaftlichen Verletzungen abgelegt.

Veröffentlichung „Menschenwürde – Impulse zum Geltungsanspruch der Menschenrechte“

Eine Dokumentation der Diskussionen und von Ergebnissen der Arbeitsgruppe Menschenwürde und Menschenrechte zur Bedeutung der Menschenwürde wird mit Heft 127 der Schriftenreihe unter dem Titel „Menschenwürde – Impuls zum Geltungsanspruch der Menschenrechte“ zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, veröffentlicht.

Zu Problemen der Religionsfreiheit in Indonesien

Erzbischof Dr. Ludwig Schick besuchte mit P. Prof. Dr. Johannes Müller SJ u.a. vom 16. bis 24. August 2013 Indonesien, um sich über die Situation der Christen zu informieren. Das Programm war durch Justitia et Pax, Dr. Legutke koordiniert und vorbereitet worden. Die Reise vermittelte einen Einblick in die kulturelle Vielfalt des Inselstaates. Die Möglichkeiten und Grenzen freier Religionsausübung für Christen und anderer religiöser Minderheiten unterscheiden sich innerhalb des Landes stark.

Die kulturelle und gesellschaftliche Offenheit in einzelnen Regionen Javas, etwa im Distrikt Yogyakarta, trägt dazu bei, dass die Christen dort eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben spielen können.

Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die größte Tageszeitung mit nationaler Reichweite (Kompas, tägliche Auflage ca. 500.000) von Katholiken gegründet, geleitet und bis heute im Redaktionsteam stark katholisch geprägt ist.

In anderen Regionen Javas, etwa in Bogor, aber auch auf Sumatra, nimmt hingegen seit einigen Jahren der Druck der sunnitischen Mehrheit auf abweichende islamische Gruppen und andere Minderheitsreligionen deutlich zu. Jedoch kann nicht von einer Verfolgungssituation für Christen in Indonesien gesprochen werden.

Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit

Am 1. Juli 2013 wurde in Berlin der Bericht zur Lage der Religionsfreiheit für Christen weltweit zusammen mit der EKD öffentlich vorgestellt. Im Bericht präsentieren die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland Daten und Fakten zur Verletzung der Religionsfreiheit von Christen. Er wirft zudem Schlaglichter auf die Zusammenhänge und Konflikte, die den Nährboden für Feindseligkeit oder gar Gewalt gegen Christen bilden. Damit haben die Kirchen dazu beigetragen, die Solidarität mit bedrängten Christen zu stärken und zugleich Handlungsperspektiven aufzuzeigen, den Glaubensgeschwistern in ihrem Kampf für eine umfassende Gewährleistung der Religionsfreiheit beizustehen. Der Text ist als Literaturstudie abgefasst, die die einschlägigen Berichte der verschiedenen Institutionen und aus den Vereinten Nationen auswertet, sowie weiteres Material berücksichtigt, das aus einer menschenrechtlichen Perspektive erarbeitet wurde.

Faire Arbeitsbedingungen weltweit: ein Thema für die Koalitionsverhandlungen

„Miserable Wohnbedingungen, Lohnvorenthalt und die Ausbeutung von Fachkräften in der Fleisch verarbeitenden Industrie, von Hausangestellten und auf dem Bau sind keine exotischen Missstände in fernen Ländern, sondern vor der eigenen Haustür zu finden. Deshalb muss es bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen auch um menschenwürdige Arbeit für alle, gerade für die Wanderarbeiter/-innen und prekär Beschäftigte gehen.“, so äußerte sich Bischof Dr. Stephan Ackermann, der Justitia et Pax- Vorsitzende anlässlich des Internationalen Tages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober.

Er appellierte an die Verantwortlichen für die Koalitionsverhandlungen, faire Arbeitsbedingungen dort zum Thema zu machen. Dazu gehörten die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familien, die Einrichtung grenzüberschreitender Sozialversicherungssysteme und die Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen, die nicht durch individuelle oder kollektive Vereinbarungen unterschritten werden können.

GKKE Donnerstagsgespräch zur Rüstungsexportpolitik

Beim Donnerstagsgespräch am 6. Juni standen „Anspruch und Wirklichkeit deutscher Rüstungsexportpolitik“ zur Diskussion. Ob außenwirtschaftliche Interessen oder friedensethische Grundsätze die Genehmigungspraxis bestimmen, wurde mit Vertretern von Regierung, Parlament und Rüstungsindustrie sachlich aber auch sehr kontrovers diskutiert. Eine gewisse Schärfe enthielt die Auseinandersetzung mit Prof. Adamowitsch, dem Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.



Die Teilnehmer der deutschen Delegation mit den Mitarbeitern des Wahid-Instituts eines islamischen Gesellschaftsinstituts in Jakarta

Neuer evangelischer GKKE Vorsitzender

Prälat Dr. Martin Dutzmann ist seit 01. Oktober 2013 Bevollmächtigter des Rates der EKD und evangelischer Vorsitzender der GKKE.

Aus der Maximilian Kolbe Stiftung (MKS):

4. Europäischer Workshop in Auschwitz im August 2013

Vom 11. – 16. August 2013 fand in Oswiecim der 4. Europäische Workshop zum Umgang mit der gewaltbelasteten Geschichte von Auschwitz statt. Für den diesjährigen Workshop konnten Teilnehmer aus: Polen, Irland, Spanien, Bosnien-Herzegowina, Frankreich, Ukraine, Russland, Litauen, Lettland, Tschechien, Albanien und Deutschland gewonnen werden. Von besonderer Prägekraft für den Workshop waren in diesem Jahr die intensiven Auseinandersetzungen mit den russischen Teilnehmerinnen. Erinnerungskulturelle Unterschiede zwischen den Teilnehmenden aus Russland, Polen, den baltischen Staaten sowie der Ukraine erwiesen sich in besonderer Weise als Identitätskonflikte, in denen die Gewaltgeschichte selbst anwesend war.

Erfreulicher Weise gelang es im Rahmen des Workshops, diese Konflikte in angemessener Form zum Austrag zu bringen und das gegenseitige Verständnis für die zugrunde liegenden Verletzungen zu vertiefen. Insbesondere die Teilnehmenden aus Bosnien-Herzegowina und Albanien brachten wiederholt zum Ausdruck, dass sie in den ersten Auseinandersetzungen des Workshops Ermutigung und Inspiration für ihre eigene Arbeit fänden.



In der Gedenkstätte
Auschwitz

Studententag zum Umgang mit dem totalitären Erbe in der Ukraine

Im Zusammenhang mit der jährlichen Stiftungsratssitzung fand am 11. Oktober 2013 in Lemberg ein Studententag zum Umgang mit dem totalitären Erbe in der Ukraine statt. In den Räumen des ehemaligen NKWD/Gestapo/KGB – Gefängnisses in der Lonski-Strasse setzten sich die Teilnehmenden mit der gegenwärtigen Bedeutung der Erinnerung an das totalitäre Erbe in der Ukraine auseinander. Es wurde deutlich, welche politische Sprengkraft nach wie vor in diesen Erinnerungen liegt. Für die demokratische Entwicklung der Ukraine und die Entwicklung einer am Gemeinwohl interessierten politischen Kultur kommt der Wiederherstellung tragfähiger gesellschaftlicher Beziehungen eine zentrale Rolle zu.



Gemeinsames Gebet an der
Erschießungswand des
ehemaligen
NKWD/Gestapo/KGB-
Gefängnisses im Lemberg

Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.

Impressum

Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de
Web: www.justitia-et-pax.de
Redaktion: Gertrud Casel

Deutsche Kommission
Justitia et Pax - Einrichtung
der Deutschen Bischofs-
konferenz und des Zentral-
komitees der deutschen
Katholiken zur Förderung
von Entwicklung, Menschen-
rechten und Frieden